


Werra-Weser-Versalzung
**Neue Anschuldigungen gegen K+S und Behördenmitarbeiter -
Müssen wir hier ein System erkennen?**

Die K+S-Spitze und mutmaßliche Helfer in Thüringen sind wegen illegaler Abfallentsorgung angeklagt - auch in Hessen werden schwere Vorwürfe erhoben

Offensichtlich als Ergebnis der Razzia vom September 2015 hat die Staatsanwaltschaft Meiningen Anklage wegen illegaler Abfallentsorgung erhoben. Im Visier der Strafverfolgungsbehörde stehen die K+S-Spitze und Mitarbeiter des Thüringer Landesbergamts. Es geht um die Verpressung von K+S-Abwässern in der Gerstunger Mulde, die nach Ansicht der Ankläger nicht genehmigungsfähig war. Aber auch Vorgänge in Hessen sind offenbar aufgedeckt worden. Die dort erhobenen Vorwürfe wiegen möglicherweise noch schwerer.

Die Wirtschaftswoche berichtet in ihrer aktuellen Ausgabe von einem handfesten Wirtschaftsskandal. Mitarbeiter der K+S AG sollen sich mit Mitarbeitern des RP Kassel verbunden haben, um gemeinsam Akten der Behörde um unliebsame Bestandteile zu "säubern". Ziel soll es gewesen sein, den Gerichten keine für K+S nachteiligen Dokumente vorlegen zu müssen. Dies soll nicht die ehemalige Versenkung im thüringischen Gerstungen, sondern die in Hessen von der K+S Kali GmbH nach wie vor betriebene Verpressung ihrer Abwässer betreffen. Die K+S-Rechtsanwälte sollen hierbei mitgewirkt haben.

Damit wäre nicht nur ein hoher Schaden für die klagende Gemeinde Gerstungen entstanden und es wäre nicht nur das Recht gebrochen worden. Die von der Wirtschaftswoche beschriebenen Machenschaften sind auch geeignet, das Vertrauen der Bürger in das Rechtssystem und in den Staat zu erschüttern. Die Bürger müssen sich darauf verlassen können, dass sie vom Recht vor der Willkür der politisch oder wirtschaftlich Mächtigeren geschützt werden. Diese hohen Güter können nicht durch noch so hohe Steuerzahlungen der K+S AG abgekauft werden.

Sollten die Vorwürfe zutreffen, stehen Prozessbetrug und mittelbare Falschbeurkundung im Raum. Es handelt sich dann um Straftaten von besonderer Schwere, wenn es um hohe Summen geht, wenn sich die Täter miteinander verbündet haben und wenn Amtsträger ihre Befugnisse missbraucht haben. Der Strafraum bewegt sich zwischen Geldstrafe und fünf Jahren Freiheitsstrafe. In schweren Fällen kann auch ein Betrug mit bis zu 10 Jahren, mindestens aber einem Jahr Freiheitsstrafe geahndet werden.

Wir fordern die Landesregierung auf, zu überprüfen, ob die der K+S Kali GmbH erteilten Genehmigungen allein schon deshalb rechtswidrig sind, weil diese Genehmigungen im Hinblick auf die nunmehr bekannt gewordenen Sachverhalte möglicherweise durch Kollusion erwirkt oder durch unrichtige oder unvollständige Angaben erschlichen wurden. Solche Genehmigungen wären sofort zu widerrufen.

Die in Thüringen durchgeführten Ermittlungen gingen von einem solchen Szenario aus – dies führte nunmehr zur Anklage. Es dürfte im Hinblick auf die von der Wirtschaftswoche bekannt gemachten Umstände nicht fernliegen, dass diese Verhältnisse auch weitere in Hessen erteilte Erlaubnisse betreffen könnten.



Pressemitteilung 19. Februar 2016

Werra-Weser-Anrainerkonferenz e.V.

Außerdem müssen unverzüglich die zuvor möglicherweise entfernten Aktenbestandteile zugänglich gemacht werden. Man kann nicht ausschließen, dass sie eine Fortsetzung der Laugenverpressung ausschließen und weitere strafrechtliche Ermittlungen erforderlich machen.

Selbstverständlich sind die Landesregierung und die Strafverfolgungsbehörden gefordert, das Vertrauen der Bürger in den Staat wieder herzustellen. Es muss geklärt werden, ob Mitarbeiter des RP Kassel von ihren Vorgesetzten oder von den zuständigen Ministerien zu strafbaren Handlungen aufgefordert worden sind. Diese Ermittlungen sind auszudehnen auf andere vom RP Kassel durchgeführte Verfahren mit großen wirtschaftlichen Interessen. Auch eine sofortige vorläufige Suspendierung der betroffenen Beamten bis zur Aufklärung der Sachverhalte erscheint dringend erforderlich.

"Es ist für die Anrainer von Werra und Weser unerträglich, bei den noch anhängigen Gerichtsverfahren denjenigen Personen zu begegnen, die sich zuvor möglicherweise verbündet haben, um den Rechtsschutz auszuhebeln und ihnen wirtschaftlichen Schaden zuzufügen", so Dr. Walter Hölzel, Vorsitzender der Werra-Weser-Anrainerkonferenz.

Anrainer von Werra und Weser wundern sich seit Jahren, dass der K+S Kali immer wieder Erlaubnisse erteilt werden, die den Zielen der EU-Wasserrahmenrichtlinie zuwiderlaufen und sogar das Erreichen ihrer Ziele unmöglich machen können. Auch hier ist wieder die Laugenverpressung zu nennen. Vor wenigen Tagen hat die Landesregierung von Sachsen-Anhalt die Initiative eingebracht, den Unbedenklichkeitsgrenzwert für Chlorid zu streichen und hat dies mit den Interessen der K+S AG begründet. Verwundern musste uns auch der "Vierphasenplan", den die Hessische Umweltministerin gemeinsam mit K+S vorgestellt hat sowie das Ziel, die K+S-Abwässer auch in die Oberweser zu verklappen. Diese Initiativen sind nach unserer Auffassung mit dem europäischen Recht nicht zu vereinbaren.

Dr. Walter Hölzel
 Vorsitzender Werra-Weser-Anrainerkonferenz e.V.
 fon 05545-95 01 08
 wwa.ev@web.de

Informieren Sie sich auf

www.wasser-in-not.de

Das Informationsportal zur Kali- und Salz-Problematik

Die Werra-Weser-Anrainerkonferenz e.V. ist ein Zusammenschluss von Kommunen, Verbänden, Vereinen und Wirtschaftsunternehmen, die als Anrainer von Werra und Weser von der Versalzung der Flüsse durch die Abwässer der Kali-Industrie betroffen sind.

Dr. Walter Hölzel ist Erster Stadtrat in Witzenhausen und Vertreter der Stadt in der WWA e.V.